

Programmatische

des Bündnisses der anerkannten Träger der Weiterbildung für Rheinland-Pfalz:

Bildungsgerechtigkeit und sozialer Frieden – Impulse der öffentlichen Weiterbildung

Die staatlich anerkannten Weiterbildungsträger in Rheinland-Pfalz nehmen ihre gesellschaftspolitische Verantwortung wahr und leisten ihren Beitrag zu einer offenen und demokratischen Gesellschaft.

Profil:

Das Bündnis der staatlich anerkannten Weiterbildungsträger in Rheinland-Pfalz

Der Verband der Volkshochschulen und die sechs staatlich anerkannten Landesorganisationen der Weiterbildung in Rheinland-Pfalz haben sich zu einem Bündnis zusammengeschlossen. Sie geben damit ihrer gewachsenen Zusammenarbeit eine erkennbare Form, als zuverlässiges Netzwerk und verbindlicher Partner – mit untereinander abgestimmten Positionen – für die Landesregierung, die politischen Parteien, gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen in Fragen der Weiterbildung.

In diesem Bündnis arbeiten die sieben Landesverbände gleichberechtigt unter Berücksichtigung ihrer unterschiedlichen Profile aufgabenbezogen zusammen und nehmen gemeinsam ihre Verantwortung für die allgemeine Weiterbildung in Rheinland-Pfalz wahr. Diese enge Zusammenarbeit hat sich seit 1992 zu einem bundesweit einzigartigen Merkmal der Systemqualität der Weiterbildung in Rheinland-Pfalz entwickelt.

Die Stärken dieser Zusammenarbeit bestehen vor allem in

- Bürgernähe und Flächendeckung
- Professionalität und Vielfalt
- Bedarfsnähe und Umsetzungsstärke
- und in der gemeinsamen Vertretung der rheinland-pfälzischen Weiterbildung.

Die Landesverbände sind darüber hinaus über ihre Träger und Mitgliedsverbände in der Zivilgesellschaft von Rheinland-Pfalz verankert sowie bundes- und europaweit über ihre Bundesverbände vernetzt.



1.

Beitrag zu einer offenen Gesellschaft: Bildungsgerechtigkeit und sozialer Frieden als grundlegende Zielsetzung der staatlich anerkannten Weiterbildungsträger in Rheinland-Pfalz

Im Rahmen eines Strategieprozesses haben die staatlich anerkannten Weiterbildungsträger vereinbart, den gemeinsamen Arbeitsschwerpunkt in der laufenden Legislaturperiode unter die Programmatik „Bildungsgerechtigkeit und sozialer Frieden“ zu stellen. Das Bündnis verfolgt darüber hinaus das Ziel, Handlungsfelder, die für den Erhalt und die Weiterentwicklung einer offenen, solidarischen und zukunftsfähigen Gesellschaft von zentraler Bedeutung sind, mit besonderem Nachdruck zu bearbeiten. Insbesondere für die sieben Handlungsbereiche:

1. Offenes Regelangebot
2. Alphabetisierung / Grundbildung
3. Integration
4. Demografischer Wandel / Generationengerechtigkeit
5. Inklusion
6. Digitalisierung
7. Arbeitswelt

werden gezielt Angebote weiterentwickelt und Konzepte erarbeitet, die der neuen Heterogenität der Gesellschaft gerecht werden. Die Vielfalt und Diversität der Gesellschaft spiegelt sich in den Bildungseinrichtungen und ihren Angeboten wider.

Die große zusätzliche Herausforderung besteht heute darin,

- Teile der Gesellschaft zu erreichen, die sich verunsichert fühlen,
- zugleich Menschen, die von Ausgrenzung bedroht sind, den Anschluss an die gesellschaftliche Teilhabe über Weiterbildung zu ermöglichen,
- und parallel dazu die Weiterbildungseinrichtungen so weiterzuentwickeln, dass sie auch zukünftig für eine ältere und vielfältigere Gesellschaft offene und attraktive Angebote bereitstellen können.

Der Verband der Volkshochschulen und die Landesorganisationen der Weiterbildung tragen gemeinsam dazu bei, Weiterbildungsangebote zu entwickeln und anzubieten, die alle Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz ansprechen und sie dazu befähigen, sich als Teil einer weltoffenen Aufnahmegesellschaft zu verstehen. Das Bündnis unterstützt ebenso Menschen, die neu in diesem Land sind, beim Aufbau eines eigenständigen Lebens und bei der Partizipation an der gemeinsamen gesellschaftlichen Weiterentwicklung. Grundsätzliches Ziel des Bündnisses ist es, allen Bürgerinnen und Bürgern über alle Teilhabebehindernisse hinweg den Zugang zur Weiterbildung zu ermöglichen.

Um diesen programmatischen Schwerpunkt, gerade auch in Abstimmung mit der Politik, umsetzen zu können, bedarf es der Unterstützung und der Zusammenarbeit aller jeweils zuständigen Ministerien mit den Weiterbildungsträgern.

2.

Strukturelle Stärken des Bündnisses

Bürgernähe und Flächendeckung

Jedes Jahr nutzen etwa 650.000 Menschen in Rheinland-Pfalz Angebote der staatlich anerkannten Weiterbildungsorganisationen. In ihrer Gesamtheit erreichen die Träger mit ihren im Land verteilten Einrichtungen die Bürgerinnen und Bürger mit einem inhaltlich und methodisch vielfältigen Angebot wohnortnah, sowohl im städtischen wie im ländlichen Raum. Die Mitarbeitenden der Bildungseinrichtungen sind zuverlässig vor Ort präsent, arbeiten in gewachsenen Kooperationen und kennen die örtlichen und regionalen Besonderheiten.

Ihre Bürgernähe entsteht über den regionalen Bezug hinaus aus der Nähe zu den konkreten Lebenslagen der Bevölkerung. Alle Träger verfügen über eine je spezifische Nähe zu Lebensbedingungen und Bildungsinteressen, wodurch insgesamt ein passgenaues Angebotsnetz über Rheinland-Pfalz hinweg entsteht.

Die anerkannte Weiterbildung garantiert ein flächendeckendes Bildungsangebot, solange es für ihre Teilnehmenden bezahlbar bleibt. Sie steht somit gleichberechtigt neben schulischen und universitären Bildungsangeboten und ermöglicht einen niedrighschweligen Zugang auch all der Bürgerinnen und Bürger zur Bildung, die nicht (mehr) berufstätig, (noch) nicht einkommensstark, (bisher) nicht lerngewohnt oder (aktuell) von Teilhabe ausgeschlossen sind.

Professionalität und Vielfalt

Professionalität ist auf den unterschiedlichen Ebenen eine zentrale Stärke der anerkannten Weiterbildung: als Bildungsmanagement innerhalb der Einrichtungen, als hoher Standard bei der Qualifizierung des Personals und als Vermittlungshandeln durch die Kursleitenden.

Bildungsmanagement und Qualifizierung des Personals

Professionelles Bildungsmanagement ist eine wichtige Aufgabe sowohl der Landesverbände als auch ihrer Einrichtungen. Auf Landesebene wird es durch Dienstleistungen der Landesorganisationen für die Einrichtungen gewährleistet. An erster Stelle steht hier die kontinuierliche Weiterbildung des Personals. Von zentraler Bedeutung für die Qualität professioneller Weiterbildung sind die hauptberuflichen disponierenden Mitarbeitenden und Leitungskräfte in den Einrichtungen vor Ort. Sie verfügen über die Kenntnis der örtlichen Strukturen einerseits und die Bildungsmanagementkompetenz andererseits, die sich von der Bedarfserhebung über das Programmplanungshandeln bis zum Marketing und die Qualitätsentwicklung erstreckt. Dieses Personal ist der zentrale Erfolgsfaktor für gelingende Weiterbildung vor Ort. Ohne sie sind Veränderungen wie die derzeit anstehenden Öffnungsprozesse der Einrichtungen nicht zu organisieren. Sie können zwischen pädagogischen und gesellschaftlichen Herausforderungen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten Weiterbildung aktiv gestalten. Für die Bewältigung der derzeitigen komplexen Aufgaben muss ihr Status gesichert und ihr professionelles Handeln weiterentwickelt werden.

Vermittlungshandeln durch die Kursleitenden

Das Gesicht der Weiterbildung sind auch die Kursleitenden, die durch ihre Fähigkeit, Menschen zu erreichen und Themen zu vermitteln, zum Gelingen von Lernprozessen maßgeblich beitragen. Sie sind heute gefordert, ihr Wissen und ihr Können ständig zu aktualisieren, zu erweitern und für neue Zielgruppen

und Lernformen oder Lernformate umzusetzen. Sie bringen sich engagiert und aktiv ein, sind die Sensoren für neue Bedarfe. Wenn von der Vielfalt der Weiterbildung in Rheinland-Pfalz die Rede ist, sind es auch die Kursleitenden, die diese Vielfalt ermöglichen, weil sie selbst sowohl ein Teil als auch Ausdruck der Vielfalt sind. Das DiversityManagement in Bezug auf die Kursleitenden, zu erhalten und weiter zu entwickeln, ist gemeinsame Aufgabe der hauptberuflichen Führungskräfte, der Landesverbände und der Kursleitenden selbst.

Bedarfsnähe und Umsetzungsstärke

Die Nähe der Bildungseinrichtungen zu den Menschen und ihren Bildungsbedarfen ermöglicht es diesen, die Auswirkungen wirtschaftlicher, sozialer oder beruflicher Veränderungen in den Regionen wahrzunehmen und in Angebote lebensbegleitenden Lernens umzusetzen, die die Menschen in ihrer Lebensbewältigung stärken und zur Reflexion gesellschaftlicher Entwicklungen anregen können. Bildung bleibt so, über die Lebensphasen hinweg, der Schlüssel für die persönliche und berufliche Lebensbewältigung sowie für das Verständnis gesellschaftlicher Entwicklungen für die aktive Teilhabe des Einzelnen an diesen Prozessen. Die Einrichtungen der öffentlichen Weiterbildung sind in der Lage, schnell vor Ort zu reagieren, dort passgenaue Angebote zu entwickeln und umzusetzen. Sie können ihre Ressourcen effektiv einsetzen und verfügen über ein anhaltend hohes Engagement. Sie suchen und finden Lösungen, arbeiten nachhaltig und kooperativ.

Gemeinsame Vertretung der rheinland-pfälzischen Weiterbildung

Das Bündnis der anerkannten Landesorganisationen hat seine Fähigkeit, die Weiterbildung im Land professionell zu vertreten, vielfach unter Beweis gestellt. Genannt seien aus jüngster Vergangenheit das gemeinsame Grundbildungsstatement 2013 ("Grundbildung 2020: Positionen der Weiterbildungsträger in Rheinland-Pfalz"), der "Parlamentarische Abend 2014" (erster Parlamentarischer Abend der Weiterbildung in Rheinland-Pfalz) und aktuell die Kampagne „Rette die Bildungskette“ 2016, die von annähernd 8.000 Bürgerinnen und Bürgern unterstützt wurde.

Hinter den Weiterbildungsträgern stehen starke gesellschaftliche Akteure wie die Kommunen, die Kirchen, die Gewerkschaften, der Sportbund etc., die ein vitales Interesse an einer funktionierenden demokratischen Gesellschaft haben und wissen, dass Weiterbildung eine der zentralen Voraussetzungen dafür darstellt.

Der Landesbeirat für Weiterbildung in Rheinland-Pfalz ist ein breit aufgestelltes Gremium, dessen Mitglieder (die sieben anerkannten Weiterbildungsträger, die kommunalen Spitzenverbände, Hochschulen und Universitäten, Kammern, DGB, Südwestrundfunk, alle im Landtag vertretenen Fraktionen, Landeszentrale für politische Bildung, Unternehmervereinigung und sieben Ministerien) die Landesregierung beraten. Ein großes Potenzial besteht darin, die Ziele und Inhalte der Weiterbildung mit den jeweiligen Möglichkeiten und Interessen der Mitglieder zu verknüpfen. Das Bündnis der anerkannten Weiterbildungsträger ist zentraler Teil des Landesbeirats und will dieses Gremium zukünftig noch stärker nutzen als Ort des politischen und gesellschaftlichen Dialogs zur Stärkung der öffentlichen Weiterbildung.

3.

Das zentrale Ziel: Zugang zu Weiterbildung und gesellschaftliche Teilhabe über alle Barrieren hinweg ermöglichen

Die Landesregierung zeichnet im Koalitionsvertrag ein offenes, demokratisches und tolerantes Gesellschaftsbild, das es zu gestalten gilt. Die Bürgergesellschaft wird aufgerufen, auf der Basis der Anerkennung von Unterschiedlichkeit und Vielfalt zu einem neuen Zusammenhalt zu finden und die Chancen der Globalisierung zu nutzen.

Das Bündnis der Weiterbildungsträger macht sich dieses Bild zu eigen und präsentiert konkrete Angebote, um einen Beitrag zu Öffnung und Integration zu leisten.

Im Handlungsbereich Regelangebot flächendeckende Weiterbildung für alle

Das rheinland-pfälzische Weiterbildungsgesetz vom 17.11.1995 bestimmt in seinen ersten Paragraphen die umfassenden Regelaufgaben der öffentlichen Weiterbildung.

§ 1: „Weiterbildung ist ein eigenständiger mit Schule, Hochschule und Berufsausbildung gleichberechtigter und verbundener Teil des Bildungswesens in öffentlicher Verantwortung. Sie dient dem ganzen Menschen, seinen persönlichen, beruflichen und gesellschaftlichen Bedürfnissen. Weiterbildung im Sinne des Gesetzes umfasst organisiertes Lernen in den gleichrangigen und gleichwertigen Bereichen der allgemeinen, politischen und beruflichen Weiterbildung ...“

§ 2: „Weiterbildung dient der Verwirklichung des Rechts auf Bildung. Sie soll durch bedarfsgerechte Bildungsangebote zur Chancengerechtigkeit, insbesondere zur Gleichstellung von Frau und Mann und von behinderten und nicht behinderten Menschen, beitragen, Bildungsdefizite abbauen, die Vertiefung, Ergänzung und Erweiterung vorhandener oder den Erwerb neuer Kenntnisse, Fähigkeiten und Qualifikationen ermöglichen und zu eigenverantwortlichem und selbstbestimmtem Handeln im privaten und öffentlichen Leben sowie zur Mitwirkung und Mitverantwortung im beruflichen und öffentlichen Leben befähigen“ (WBG v. 17.11.1995).

Diese ersten Bestimmungen des Weiterbildungsgesetzes beschreiben die umfassenden Regelaufgaben der öffentlichen Weiterbildung. Die Landesorganisationen sind aufgefordert, diese grundlegenden Aufgaben an den aktuellen gesellschaftlichen u.a. Herausforderungen zu spiegeln und ihre Einrichtungen vor Ort darin zu unterstützen, sie in eine entsprechende Programmplanung zu übersetzen.

Im Handlungsbereich Alphabetisierung / Grundbildung

steckt die Aufgabe, ein zuverlässiges Angebot für alle diejenigen Menschen bereit zu halten, die durch ihre bisherige Bildungsbiografie nicht ausreichend für eine berufliche, gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe gerüstet sind.

Bisher wurden in diesem Handlungsbereich Strukturen und Angebote überwiegend mit Projektmitteln entwickelt. Wenn, wie im Koalitionsvertrag festgehalten, eine „Kultur der zweiten Chance“ auf „hohem Niveau“ etabliert und weiterentwickelt werden soll, ist es notwendig,

- zuverlässige Strukturen landesweit zu schaffen,
- professionelles Personal in den Einrichtungen zu beschäftigen, das nachhaltige Angebote planen
- und umsetzen kann und das in der Lage ist, interessierte Personen über ein funktionierendes Netzwerk zu erreichen,
- ein funktionierendes System der Professionalisierung für Kursleitende dauerhaft zu implementieren,
- ein sich über alle Programmbereiche hinweg als Grundbildung verstehendes Angebot zu etablieren, das dem tatsächlichen Bedarf potenzieller Lernerinnen und Lerner entspricht und dazu beiträgt, dass sie ihre Lebenslagen real, eigenständig und aktiv verbessern können.

Das Ziel eines nachhaltigen Grundbildungsangebots besteht unter dem Dach der bildungsgerechten, toleranten und sozialen Bürgergesellschaft darin, Menschen ohne Unterscheidung ihrer bisherigen Lernbiografien darin zu unterstützen, zu jedem Zeitpunkt ihres Lebens ihre Teilhabechancen zu erweitern.

Im Handlungsbereich Integration

gilt es, Menschen, die neu in Rheinland-Pfalz leben, geflüchtet oder eingewandert sind, den Zugang zur Weiterbildung zu ermöglichen. Dabei soll insbesondere ihre Chance auf eine ganzheitliche persönliche Entwicklung und ihre gesellschaftliche, berufliche und kulturelle Teilhabe durch geeignete Angebote gefördert werden. Diese Aufgabe reicht weit über Sprach- und Integrationskurse hinaus und erfordert es, die traditionellen Bereiche der Weiterbildung teilhabeorientiert und partizipativ für diese Lernenden zu öffnen.

Haben die Bildungseinrichtungen seit Beginn der starken Zuwanderung der Geflüchteten 2015 den immens ansteigenden Bedarf an Sprach- und Integrationsmaßnahmen unmittelbar mit konkreten Angeboten und vorhandenen Ressourcen in großem Umfang umgesetzt, so geht es ab jetzt darum, ein kohärentes Sprachfördersystem und ein Konzept für die Integration in alle Lernbereiche zu entwickeln und umzusetzen. Dies bedeutet auch, die Bereitschaft der Lernenden aus der Aufnahmegesellschaft für das gemeinsame Lernen mit Neubürgerinnen und -bürgern zu unterstützen. Beides ist nur mit einer deutlichen Steigerung der Finanzierung durch Landesmittel zu leisten.

Im Handlungsbereich Demografischer Wandel / Generationengerechtigkeit

geht es darum, älteren Menschen die Tür in die Weiterbildung offen zu halten, ihnen die Begegnung mit Menschen aller Generationen zu ermöglichen und diesbezügliche Barrieren abzubauen. Ebenso benötigen junge Erwachsene in den Städten und auf dem Land gleichwertige Chancen auf Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen.

Im Handlungsbereich Inklusion

gilt es, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz in den Einrichtungen der Weiterbildung umzusetzen: neben der Aufgabe, Barrieren der Teilnahme abzubauen, sind Angebote zu schaffen und bestehende Angebote so zu öffnen, dass sie von Menschen mit speziellen Voraussetzungen wahrgenommen (im doppelten Sinne) werden können. Es ist notwendig, für ihre Teilnahme zu werben und bei allen Teilnehmenden von Weiterbildungsangeboten die Bereitschaft zum gemeinsamen Lernen über alle Unterschiede und möglichen Beeinträchtigungen hinweg zu fördern.

Im Handlungsbereich Digitalisierung

kann die Weiterbildung einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, den digitalen Wandel mitzugestalten. Dies bedeutet zum einen, durch entsprechende Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen und Projekte möglichst vielen Menschen Teilhabe an dieser neuen Kulturtechnik zu ermöglichen und relevantes Orientierungswissen zu vermitteln. Zum anderen wird sich das Lernen selbst noch radikaler verändern. Hierbei ist die Entwicklung digitalisierter Lernangebote von großer Bedeutung. Die Weiterbildung ist dazu auf eine funktionierende digitale Infrastruktur in allen Regionen angewiesen, um Lernorte und Lernplattformen zu schaffen, die auf pädagogisch sinnvolle Art und Weise Weiterbildung flächendeckend ermöglichen. Dazu bedarf es eines Ausbaus der technischen Infrastruktur und zusätzlicher personeller Ressourcen.

Im Handlungsbereich Arbeitswelt

gilt es die Interessen aller Beschäftigten in den Blick zu nehmen und adäquate beteiligungsorientierte Angebote und Weiterbildungsprozesse in und mit den Betrieben und Institutionen zu entwickeln und durchzuführen. Basierend auf dem sozialpartnerschaftlichen Konzept können so auch Entwicklungen für Beschäftigte berücksichtigt werden, die über die betriebliche Verwertbarkeit hinausgehen.

Zukunftsweisende betriebliche Personalkonzepte wie Differenzsensibilität oder Gestaltung des demografischen Wandels sind gute Grundlagen zu einer Zusammenarbeit mit den Weiterbildungsträgern, die aufgrund ihres ganzheitlichen Handelns längere Prozesse mit Betrieben und den Beschäftigten (und Betriebsräten) organisieren und durchführen.

Die staatlich anerkannte Weiterbildung kann durch die Kooperation mit Betrieben und Institutionen eine wichtige Funktion bei der Integration unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen in den Arbeitsmarkt übernehmen.

Diese sieben Handlungsbereiche

sind letztlich eng miteinander verwoben und stellen eine **zu integrierende Gesamtaufgabe dar.**

Es ist notwendig, das Weiterbildungssystem zukunftsorientiert weiterzuentwickeln, indem Weiterbildungsorganisationen und -einrichtungen konsequent darauf hinwirken, dass sich Menschen unterschiedlicher Herkunft, mit unterschiedlichen Bildungsbiografien, körperlichen, psychischen und kulturellen Besonderheiten tolerant begegnen, sich gemeinsam in der Bürgergesellschaft engagieren, sich persönlich und beruflich weiterentwickeln und so zu einem demokratischen und weltoffenen Rheinland-Pfalz beitragen.

Zentrale Bedeutung kommt der politischen Bildung als Querschnittsaufgabe zu.

Die Funktion der politischen Bildung besteht in der Förderung einer Grundhaltung im Sinne der demokratischen Toleranz, der Anerkennung von Unterschieden und der Bereitschaft zur aktiven Beteiligung an der Weiterentwicklung der Gesellschaft. So verstanden reicht politische Bildung in alle Bereiche der allgemeinen und beruflichen Bildung hinein. Sie wirkt darauf hin, dass innerhalb der Weiterbildung Möglichkeiten konkreten politischen Lernens geschaffen werden, die vom Verstehenlernen konkreter gesellschaftspolitischer Konzepte und Fragestellungen über die Einübung demokratischen Miteinanders bis zur ehrenamtlichen Tätigkeit (Teilhabe) in der Zivilgesellschaft reichen können.

Einrichtungen der Weiterbildung verstehen sich als offene, demokratische, partizipative Orte. Dies will das Bündnis der Weiterbildungsträger in den kommenden fünf Jahren deutlich öffentlich sichtbar machen. Bildungseinrichtungen sind wichtige Partner der Zivilgesellschaft, indem sie das ehrenamtliche Engagement unterstützen, das als starke Kraft neben den demokratischen Institutionen wahrgenommen und geschätzt wird.

Künftig sollen noch mehr Angebote **mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammen entwickelt werden.**

4.

Aktuelle Lage der öffentlichen Weiterbildung

Die Weiterbildungsträger stehen heute mehr denn je vor einer Zerreißprobe. Ihnen wurden in der jüngsten Vergangenheit zunehmend gesellschaftlich relevante Aufgaben zusätzlich zu ihren Regelangeboten übertragen, die sie aufgrund ihres Selbstverständnisses gerne wahrnehmen. Dabei haben sich die Weiterbildungseinrichtungen weiterhin als flexible und zugleich belastbare Organisationen erwiesen, die mit knappen Ressourcen wirtschaftlich, wirkungsvoll sowie innovativ arbeiten. Sie haben dies in den vergangenen Jahren sowohl im Handlungsfeld Alphabetisierung / Grundbildung als auch bei der Integration von geflüchteten Menschen eindrücklich unter Beweis gestellt.

Die Bereitschaft der Träger zur Übernahme gesellschaftlich relevanter Aufgaben ist weiterhin sehr hoch. Eine angemessene finanzielle Ausstattung muss – trotz der finanziellen Aufstockung durch das Land im Jahr 2017 – die starken Arbeitsbelastungen innerhalb der Organisationen und Einrichtungen weiter berücksichtigen.